

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 56 vom 21.03.2016

Anstieg Drogenkriminalität

Raik Nowka: Beste Strategie gegen Drogenkriminalität ist der Kampf gegen Drogenabhängigkeit

Der gesundheitspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Raik Nowka, sieht in der starken Zunahme an Drogendelikten einen weiteren Beleg dafür, dass SPD und LINKE ihre Bemühungen um eine effektive Drogenpolitik verstärken müssen:

„Die neuesten Zahlen zum Anstieg der Drogenkriminalität in Brandenburg verdeutlichen, wie groß der Handlungsbedarf der Landesregierung mittlerweile geworden ist. Viel zu lange haben SPD und LINKE die wachsende Zahl der Drogenabhängigen ignoriert. Dabei ist die beste Strategie gegen Drogenkriminalität der Kampf gegen die Drogenabhängigkeit. Einen dementsprechenden Antrag der CDU-Fraktion haben SPD und Linke noch vor wenigen Tagen im Landtag abgelehnt, aber vielleicht hilft die neueste Kriminalitätsstatistik, die rot-rote Position zu korrigieren.

Die Landesregierung muss sich endlich ein umfassendes Bild darüber verschaffen, welche Drogen, von wie vielen Brandenburgern konsumiert werden. Gerade der sprunghaft gestiegene Konsum der kreuzgefährlichen Droge Crystal Meth muss dabei ins Zentrum der Analyse gerückt werden. Basierend auf den Ergebnissen sollte die Landesregierung einen Landesplan für eine erfolgreiche Drogen- und Präventionspolitik entwickeln. Dieser muss deutlich über Gespräche am berühmten Runden Tisch hinausgehen und bei den Zielgruppen ankommen.

Gerade Kinder und Jugendliche müssen besser vor Drogen geschützt werden. Wir brauchen leistungsstarke Präventionsprogramme, die schon im Grundschulalter ansetzen. Eine gute Grundlage bietet dafür das Präventionsgesetz, das im vergangenen Jahr vom Bundestag verabschiedet wurde und auch in Brandenburg sinnvoll Anwendung finden muss. Die darin vorgesehene Zusammenarbeit der Krankenkassen kann dazu führen, dass sich aus vielen existierenden Einzellösungen ein Gesamtkonzept entwickeln lässt. Deshalb haben wir das Thema Prävention auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Landtagsausschusses für Gesundheit und Soziales gesetzt.“